Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn),
Universitätsstraße 1,
Louis Lösche,
Katharinenstr. 23 part. und Königsplatz 7,
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt
und
Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis
vierteljährlich 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen (in Tageblatt-Format gefalzt) ohne Postbeförderung 60 Mk. mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut uns. Preisverzeichniß. Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die **Expedition** zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 79. **Donnerstag** den 20. März 1890. **84. Jahrgang.**

Amtliche Bekanntmachungen.

Versteigerung von Bauplätzen in der Südvorstadt.

Folgende der Stadtgemeinde gehörige **Bauplätze** des Parcellirungsplanes für das Areal des ehemal. fiscalischen Holzhofs und Kohlenbahnhofs, und zwar:

von Baublock III

Nr. 2	an der Bayerischen Straße	von ca.	951 qm
„ 3	„ „ „	„ „	273 „
„ 4	„ „ Ecke derselben und der Körnerstraße	„ „	424 „
„ 5		„ „	625 „
„ 6	„ „ Körnerstraße	„ „	456 „
„ 7		„ „	690 „
„ 8	„ „ Ecke derselben und der Lößniger Straße	„ „	464 „
„ 9	„ „ Lößniger Straße	„ „	334 „
„ 10	„ „ „	„ „	595 „

von Baublock V

„ 3 an der Ecke der Körnerstraße und Lößniger Straße von 506,37 qm

Flächengehalt sollen
Montag den 31. dieses Monats, von Vormittags 10 Uhr an im Saale der Alten Waage, Katharinenstraße Nr. 1, in der 2. Etage, **zum Verkaufe versteigert** werden.

Der Versteigerungstermin wird pünctlich zur angegebenen Stunde eröffnet und die Versteigerung bezüglich eines jeden der einzeln nach einander in obiger Reihenfolge auszubietenden Bauplätze geschlossen werden, wenn darauf nach dreimaligen Ausrufe kein weiteres Gebot mehr erfolgt.

Die Versteigerungsbedingungen mit den betr. Theilcopien des Parcellirungsplanes liegen auf dem Rathhaussaale, 1. Etage, zur Einsichtnahme aus und es sind davon Exemplare ebendaselbst in der Sportelcasse I, Zimmer Nr. 5, für 1 ℳ zu erhalten.

Leipzig, den 15. März 1890.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin. Cerutti.

Ia 1499.

Bekanntmachung.

Am heutigen Tage sind von uns
Frau Wilhelmine Agnes **Heyne**, Antonstraße 22,
„ Amalie Pauline **Hergert**, Leipzig-Reudnitz, Eisenbahnstraße 4,
„ Clara Emilie **Bernhardt**, Leipzig-Reudnitz, Kuchengartenstraße 3, I,
„ Auguste Pauline Friederike **Friede** in Leipzig-Eutritzsch, Querstraße 1,

als **Hebammen** für den Stadtbezirk Leipzig mit der Maßgabe verpflichtet worden, daß eine jede von ihnen ohne unsere ausdrückliche Erlaubniß aus dem Stadttheile, in welchem sie jetzt ihre Wohnung hat, nicht in einen anderen Stadttheil verziehen darf.

Leipzig, den 15. März 1890.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin. Dr. Krippendorff.

VIII. 792.

Bekanntmachung.

Die Maurer- und Zimmer-Arbeiten zum Neubau eines Pferdestalles in Leipzig-Reudnitz sind vergeben.

Die unberücksichtigt gebliebenen Bewerber werden daher ihrer Angebote hiermit entlassen.

Leipzig, den 15. März 1890.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin. Küling.

Ib 1221/356.

Aufforderung.

Wegen dringenden Verdachts, am 20. Januar d. J. früh in der 2. Stunde vor dem Pantheon hier den Korbflechter Tittmann durch einen Messerstich tödtlich verletzt zu haben, befindet sich hier der **Schuhmacher** Theuerkorn in Haft. Es ist jedoch nicht ausgeschlossen, daß außer Theuerkorn noch **eine zweite Person** zugestochen. Ich ersuche daher Jeden, der über letzteren Punkt Auskunft zu geben vermag, sich bei mir oder dem nächsten Polizeibeamten zu melden.

Der Untersuchungsrichter bei dem K. Landgericht Leipzig.
Melzer, L.-G.-R.

Die hier **wegen Giftmordes** in Voruntersuchung befindliche Bürgermeisterstochter Frieda Fanny Schröder aus Markranstädt soll in den Monaten **August** oder September 1889 in den Colonnaden des Café Felsche in Leipzig mit einem Herrn ein Gespräch geführt haben, bei welchem sie erzählt habe, daß in ihrer elterlichen Wohnung in Markranstädt Ungeziefer sei, zu dessen Vertilgung **Arsenik** zur Anwendung gekommen sei.

Ueber die Persönlichkeit des betreffenden Herrn ist nur bekannt, daß derselbe etwa 36 Jahre alt, unverheirathet, von mittlerer Statur, in Leipzig oder den Vororten wohnhaft, Maschinenbauer, Ingenieur oder Baumeister sein und in Markranstädt hin und wieder geschäftlich thätig gewesen sein soll.

An den in Frage kommenden Herrn ergeht hierdurch die öffentliche Aufforderung, sich schleunigst bei dem Unterzeichneten anzumelden und seiner Vernehmung über das für die Untersuchung wichtige Gespräch gewärtig zu sein.

Leipzig, am 18. März 1890.

Der Untersuchungsrichter bei dem Königl. Landgericht.
Burkhardt, L.-G.-Rth.

Generalversammlung
der Ortskrankencasse für Leipzig und Umgegend
Freitag, den 28. März 1890,
Abends 8 Uhr
im Blauen Saale des Krystall-Palastes,
Wintergartenstraße Nr. 17/19.

Tagesordnung:
1) Beschlußfassung über Abnahme der Rechnung des Vorjahres;
2) Bericht des Verfassungs-, Finanz- und Sanitätsausschusses über das Jahr 1889.

Theilnehmer an der Versammlung sind die Herren Vertreter der Mitglieder und der Arbeitgeber.

Nur die jedem Mitglied der Generalversammlung zugehende Eintrittskarte berechtigt zur Theilnahme an der Generalversammlung.

Leipzig, am 19. März 1890.

Der Vorstand der Ortskrankencasse für Leipzig und Umgegend.
Albert Brockhaus,
Vorsitzender.

Königliches Gymnasium.

Freitag, den 21. März, Vormittags 10 Uhr, soll zur Feier der Entlassung der Abiturienten ein **Actus** abgehalten werden, wozu im Namen des Lehrercollegiums ergebenst einladet

Leipzig, am 19. März 1890.

Dr. Richard Richter.

Bau-Areal,

in nächster Nähe des **Bahnhofs** und der **Hartwaldung** schön gelegen, hat billig zu verkaufen **der Stadtrath zu Zwenkau.**

Zur Kanzlerkrisis.

* Wir verzeichnen an dieser Stelle wiederum die über die Kanzlerkrisis vorliegenden Kundgebungen der Presse und der Telegraphenbureaux, indem wir bemerken, daß die kaiserliche Entschließung über das Entlassungsgesuch Bismarck's bis zum Schluße dieses Theiles unseres Blattes noch nicht erfolgt war. Der „Deutsche Reichs- und Preußische Staatsanzeiger“ hat die Wolff'sche Depesche aus Köln über das Entlassungsgesuch des Reichskanzlers nicht abgedruckt, dieser erwähnt überhaupt den Vorgang mit keinem Worte. Die officiöse „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ beschränkt sich auf eine Zusammenstellung von Preßstimmen über die Krise. Eine weitere Meldung der „Kölnischen Zeitung“ besagt übrigens, das Entlassungsgesuch des Reichskanzlers sei erst Dienstag Mittag an den Kaiser abgegangen. Man bezweifle nicht länger, daß es genehmigt werden würde. Graf Herbert Bismarck habe sein Entlassungsgesuch noch nicht unterbreitet, doch dürfte dasselbe nach Annahme des vom Reichskanzler eingereichten Gesuchs ebenfalls erfolgen.

Und so jagt ein Gerücht das andere. Unter den zahlreichen Namen von Nachfolgern treten vorzugsweise General v. Caprivi und Minister v. Bötticher hervor. Es wird versichert, auch das Gesammtministerium habe seine Entlassung eingereicht, doch soll die Zurückweisung dieses letzteren Gesuchs bereits erfolgt sein. Jedenfalls ist es uns unmöglich, all' diese Nachrichten auf ihre Richtigkeit zu prüfen. Unser parlamentarischer Correspondent schreibt uns:

** Berlin, 18. März. Die Aufregung in politischen und parlamentarischen Kreisen ist eine ganz gewaltige, und wenn auch seit Wochen wiederholt die Möglichkeit in Betracht gezogen wurde, daß Fürst Bismarck aus dem Reichs- und Staatsdienst scheiden könne, so ist doch alle Welt überrascht durch den so plötzlichen Entschluß; an eine so nahe bevorstehende Entscheidung hatte Niemand gedacht.

Und doch werden wir uns an die Thatsache gewöhnen, mit den neuen Verhältnissen zurecht finden müssen. Bis zur Stunde zwar ist vom Kaiser die Entlassung des Fürsten noch nicht angenommen, denn nur mit schwerem Herzen vermag sich der Monarch von seinem treuesten Diener und einsichtigsten Berather zu trennen. Der Kaiser möchte gar zu gern den Fürsten bewegen, wenn er sich auch im Uebrigen jede mögliche Entlastung verschafft, doch an der Spitze der Reichsgeschäfte zu verbleiben. Ganz unwahr sind die Meldungen „freisinniger“ Blätter, daß ernstliche Meinungsverschiedenheiten zwischen Kaiser und Kanzler bestehen, und in einer Beziehung können wir beruhigt sein: Kaiser Wilhelm wird, den Ueberlieferungen seines Hauses getreu, durchaus im Geiste seines großen Großvaters und im Sinne des Fürsten Bismarck die Regierung weiterführen. Und wenn die Entlassung des Kanzlers angenommen wird, so wird sicherlich noch ein besonderer Act des Kaisers der Welt kundthun, wie hoch Kaiser Wilhelm den Fürsten schätzt und verehrt und wie er auch ferner auf den wohlbewährten Rath und auf die treue Vaterlandsliebe des Fürsten Bismarck zählt.

Tief erschüttert sind von der Krisis alle politischen Parteien, alle empfinden sie in diesem Moment die Größe des Mannes, die Schwere des Verlustes, auch die „Freisinnigen“ und die Ultramontanen. Doch eine Ausnahme ist vorhanden: Herr Eugen Richter und seine „Freisinnige Zeitung“. Aber es ist eben auch nur diese eine Ausnahme zu melden, welche beweist, in welchem Widerspruch Herr Richter steht zu dem Denken und Fühlen des ganzen deutschen Volkes und wie er immer mehr und mehr vereinsamt auch innerhalb der von ihm so lange Zeit geführten Partei. Denn sämmtliche „freisinnigen“ Blätter, so weit sie uns zu Gesicht gekommen, spiegeln den Schmerz wider, welcher jeden Deutschen in diesem Augenblick ergriffen hat und von freisinnigen Abgeordneten kann man es oft genug hören, wie sie Herrn Richter's Auftreten mißbilligen.

Alle anderen Vorgänge sind für den Augenblick ohne Interesse. Daß sich das gesammte Staatsministerium „solidarisch“ fühlt mit dem Kanzler und ebenfalls die Entlassung eingereicht hat, ist richtig, ebenso aber wird allgemein erwartet, daß zunächst andere Ministerveränderungen nicht zu erwarten sind. Die Meldung der „Freisinnigen Zeitung“ von einem Zerwürfniß zwischen Fürst Bismarck und Herrn von Bötticher ist eine ganz unbegründete tendenziöse Erfindung.

Die Berathung des Cultusetats, welche heute im Abgeordnetenhause begann, findet erklärlicherweise nur wenig Aufmerksamkeit, obgleich es sich doch um recht wichtige Fragen handelt. Aber wir müssen zunächst den Abschluß der größten Krise abwarten, welche wir seit dem Kriege des Jahres 1870 zu verzeichnen haben; bereits morgen wohl werden wir die Entscheidung haben. Wir kommen dann auf Herrn Windthorst's Wiederaufwärmung alter Praktiken zurück.

* Die „Nationalliberale Correspondenz“ findet sich mit der Eventualität des Rücktrittes in folgender Weise ab:

An dem Rücktritt des Fürsten Bismarck von allen seinen Aemtern ist nicht mehr zu zweifeln. Die Empfindung der deutschen Nation bei dieser Kunde wird die einer tiefen Ergriffenheit sein. In dem Namen und der Person des Fürsten Bismarck vereinigen sich die stolzesten und erhebendsten Erinnerungen an unsere nationale Wiedergeburt, an die größten Zeiten der neueren deutschen Geschichte. Seit beinahe dreißig Jahren stand Fürst Bismarck ununterbrochen an der Spitze der preußischen und deutschen Regierung; nie hat ein deutscher Staatsmann so lange die Zügel geführt, und nie hat einer der deutschen nicht nur, sondern der europäischen Politik so tiefeingreifend Richtung und Inhalt gegeben. In Deutschland hatte man sich ganz gewöhnt, den Gedanken nicht aufkommen zu lassen, daß wir je der leitenden Hand des Fürsten Bismarck entbehren müßten, ehe Gott selbst ein Ende setzt. Die Gewißheit des Rücktritts ist noch nicht durchsichtig genug, um zu beurtheilen, ob derselbe innerlich und sachlich nothwendig gewesen oder ob nicht eine andere, minder schmerzliche Auskunft möglich gewesen wäre. Es ist auch in diesem Augenblick noch nicht möglich, sich die Wirkung des gewaltigen Ereignisses auf unsere innere Politik vorzustellen. Die müßigen Combinationen, die jetzt so massenhaft umhergetragen werden, müssen einstweilen auf sich beruhen bleiben. Mögen die Entschließungen unseres Kaisers so ausfallen, daß sie zum Heile des Landes und Volkes gereichen! Dem scheidenden Reichskanzler aber wird in seine Zurückgezogenheit der Dank und die Verehrung der Nation in einem von keinem deutschen Staatsmanne je erreichten Maße folgen. Seine Thaten sind auf den stolzesten Blättern der deutschen und preußischen Geschichte verzeichnet und werden es bleiben bis in alle Ewigkeit.

Die „National-Zeitung“ schreibt:

In den politischen Kreisen ist die Meinung verbreitet, daß in Consequenz des Rücktritts des Fürsten Bismarck das gesammte preußische Staatsministerium und die Chefs der Reichsämter dem Kaiser ihre Aemter zur Verfügung stellen würden, um dadurch die Neubildung der preußischen und Reichsregierung zu erleichtern. Bis jetzt ist dies indeß, wie wir vernehmen, nicht geschehen. Nur von einem gleichzeitig mit dem Entlassungsgesuch des Kanzlers eingereichten, entsprechenden Gesuche des Staatssecretärs Grafen H. Bismarck ist die Rede; doch wird angenommen, daß dieser an der Spitze des Auswärtigen Amtes als Staatssecretär verbleibt.

Ueber den künftigen Reichskanzler und Ministerpräsidenten fehlt es selbstverständlich nicht an Vermuthungen; eine Anzahl Namen von Parlamentspolitikern, hohen Staatsbeamten und Militairs werden genannt. Diese Conjecturen hier zu wiederholen ist müßig, da selbst innerhalb des preußischen Staatsministeriums vollständige Unsicherheit über den künftigen Chef der Regierung bestehen soll. Zum Theil schreibt der Nennung angeblicher Candidaten für die Neubildung der Regierung jedenfalls das Gegentheil der Absicht zu Grunde zu liegen, diese Persönlichkeiten zu empfehlen.

Im Abgeordnetenhause herrschte große Bewegung. Die kirchenpolitische Debatte, welche Herr Windthorst hatte herbeiführen wollen, unterblieb; er erklärte Angesichts der Krisis darauf zu verzichten.

Deutschland und Preußen stehen an der Schwelle einer neuen Zeit. Die große Periode unserer Geschichte, welche, nach der Vorbereitung der Jahre 1862 bis 1866, mit dem letztgenannten Jahre begann, ist zu Ende. Eine andere beginnt; und mit voller Zuversicht, die in dem Vertrauen des Volkes zu sich selbst und zu dem Kaiser wurzelt, werden Deutschland und Preußen in dieselbe eintreten. Es wäre der schlechteste Dank für den großen Staatsmann, welcher sich anschickt, in den durch beispiellose Leistungen verdienten Ruhestand zu treten, es wäre das bedenklichste Zeugniß für das Werk seines Lebens, wenn man den Rücktritt Bismarck's mit Kleinmuth betrachten müßte; er hätte wenig geschaffen, wenn er die Nation nur dergestalt geeinigt hätte, daß sie ohne ihn sein Werk nicht fortzusetzen vermöchte. Nein, am besten wird der Dank des deutschen Volkes gegen den Erneuerer Deutschlands, der Dank, von welchem in diesen entscheidungsvollen Stunden Millionen und Millionen Deutscher erfüllt sind, sich darin bekunden, daß Fürst Bismarck — hoffentlich noch lange Jahre! — Zeuge des Blühens und Gedeihens Deutschlands wird sein können. Andere Männer werden sein Werk fortsetzen, mit anderer Begabung, anderen Mitteln, im Einzelnen auch mit anderen Zielen; aber der bis in die Wurzeln des politischen Denkens und Empfindens unseres Volkes gehende Einfluß, den Fürst Bismarck auf dasselbe geübt, wird auf Generationen hinaus nachwirken und so zur Folge haben, daß sein Geist noch lange mitbestimmend für den Gang unserer öffentlichen Angelegenheiten bleiben wird. Ganz davon zu schweigen, daß Fürst Bismarck beim Ausscheiden aus seinen Aemtern unter uns bleibt und den Rath, wenn es einmal durch die europäische Lage Noth thun sollte, dem Kaiser erreichbar bleibt.

Die „Post“ sagt:

In der Stadt und in den Morgenblättern finden lebhafte Erörterungen über den Rücktritt des Fürsten von Bismarck von allen seinen Aemtern statt. Wir glauben unseren Lesern hierbei Mittheilung machen zu müssen, halten aber, bis nicht der „Staats-Anzeiger“ gesprochen hat, oder der versammelten Landesvertretung eine Mittheilung gemacht worden ist, es für verfrüht, den Rücktritt als Thatsache zu betrachten. Die Kanzlerkrisis sind schon öfters in nahe Aussicht getreten, dennoch aber glücklich überwunden worden. So halten wir es denn trotz der Schwierigkeit der Lage, welche auch uns wohl bekannt ist, nicht für ausgeschlossen, daß Fürst Bismarck dem Staatsdienste doch noch erhalten bleibe. Seine Majestät der Kaiser hat seinen Kanzler noch gestern am späten Nachmittag einen längeren Besuch gemacht und um 6 Uhr den Palast des Reichskanzlers erst verlassen. Wir knüpfen hieran unsere Hoffnungen. Wenn auch der Fürst Bismarck einen Theil der auf ihm ruhenden unermeßlichen Geschäftslast und Verantwortlichkeit abgäbe, so halten wir es nicht für ausgeschlossen, daß er dem Reichsdienste erhalten bleibe, und die überaus schwere und bedenkliche Krisis, welche die Schwierigkeiten der gegenwärtigen Lage unabweisbar zu vermehren droht, doch noch, wenigstens theilweise vermieden wird.

Die „Kreuzzeitung“ bemerkt:

Die in eine hypothetische Form gekleidete Nachricht der „Kölnischen Zeitung“, daß der Rücktritt des Fürsten Bismarck sowohl aus seinen Staats-, als aus seinen Reichs-Aemtern in allernächster Zeit bevorstehe, wird von anderer Seite bestätigt. Auch war an der Meldung des rheinischen Blattes, dessen Berliner Hauptredacteur in täglicher persönlicher Verbindung mit dem Auswärtigen Amte und dessen Leitern steht, von vornherein nicht zu zweifeln, da diese ganz bestimmte Mittheilung nur von nächststehender Seite ausgegangen sein konnte.

Ebenso wie die wiederholten Artikel officiösen Ursprungs in einigen bekannten hiesigen und auswärtigen Blättern, ergaben schon längst für den geschulten Beobachter eine Anzahl öffentlicher Acte unzweifelhaft Zeichen für das Bestehen einer Krisis in Bezug auf die Stellung des Reichskanzlers. Das erste derselben war der Rücktritt des Reichskanzlers von der seit 10 Jahren geführten Leitung des Handelsministeriums und die gleichzeitige Ernennung des Freiherrn von Berlepsch zum Handelsminister. Wenn auch in der bezüglichen Bekanntmachung des „Reichs-Anzeigers“ gesagt war, die Enthebung des Fürsten Bismarck von seinem bezüglichen Posten geschehe auf sein eigenes Ansuchen, so machte doch die Form der Neuernennung und ihre Stelle im „Reichs-Anzeiger“ ersichtlich, daß eine Unzufriedenheit über diesen Wechsel bestehen mußte. Es fehlte der übliche und sonst unveränderlich innegehaltene Vordersatz, daß der betreffende zum Staatsminister ernannt sei, es wurde nur erwähnt, daß er an die Spitze des Handelsministeriums gestellt sei. Auch war die ganze Verfügung in einer unscheinbaren Form ganz an das Ende der amtlichen Ernennungen gestellt und durch einen Strich von den übrigen in einer Weise getrennt, daß man es leicht hätte übersehen können.

Weiter waren es die kaiserlichen Erlasse vom 4. Februar, welche am 5. Februar ohne Gegenzeichnung im „Reichs-Anzeiger“ erschienen und eine Ausbildung der Arbeiterschutz-Gesetzgebung in dem vom Reichstage beschlossenen Sinne ankündigten, während der Leiter der Geschäfte des Reichs diese Gesetzgebung immer hintangehalten und nicht zu Stande hatte kommen lassen.

Das waren Fragen der inneren und nach den kaiserlichen Erlassen auch zum Theil der internationalen Politik; es kam aber noch eine dritte Richtung hinzu, die Colonialpolitik, in welcher das bisherige Verhalten und die Absichten des Reichskanzlers von den theils eingeleiteten, theils beabsichtigten Schritten vollkommen durchkreuzt werden mußten. Fürst Bismarck ging nur zögernd und nach seinem eigenen Ausspruch ohne jede Neigung an coloniale Unternehmungen heran. Seine Abneigung, das Reich in colonialen Angelegenheiten zu engagiren, ging soweit, daß er wiederholt, z. B. in Bezug auf Südwest-Afrika, sich geäußert hat: lieber wolle er den ganzen Besitz wieder aufgeben. Hierin ist nun, wie aus verschiedenen Anzeichen deutlich zu sehen ist, eine vollkommene Wandlung eingetreten oder in Vorbereitung. Es muß nur an die Vergrößerung der Schutztruppe in Ostafrika auf mehrere Tausend Mann erinnert werden, auch ist die Ernennung Emin Paschas zum Generalgouverneur von Ostafrika in bestimmte Aussicht genommen. Weitere Schritte stehen dort noch in näherer Zeit bevor. Bemerkenswerth ist auch, daß der Reichskanzler die Nichtgenehmigung des Verkaufs von Südwest-Afrika an eine englische Gesellschaft erst jetzt während der Krisis aussprach, obwohl die betreffende Eingabe schon über dreiviertel Jahre in seinen Händen war.

* * *

* Ueber die Wirkung der bedeutungsvollen Kunde auf das Ausland liegen folgende Meldungen vor:

* Paris, 18. März. Die Nachricht vom Rücktritt Bismarck's hat hier große Sensation erregt. Sogar das Interesse an dem hiesigen Ministerwechsel ist dadurch vollständig in den Hintergrund gedrängt. Die meisten Journale betonen, Bismarck sei eine Garantie für den Frieden der Welt gewesen.

* Paris, 18. März. Die Depeschen aus Berlin über die schmeichelhafte Aufnahme der französischen Vertreter, namentlich Simon's, machen hier den besten Eindruck, doch treten alle anderen Fragen vor dem Entlassungsgesuch Bismarck's zurück, das hier zuerst durch die „Kölnische Zeitung“ bekannt und später durch Berliner Depeschen bestätigt wurde. Französische Telegramme nennen als mögliche Nachfolger General v. Caprivi, Miquel, v. Bennigsen. Die Presse enthält nur thatsächliche Angaben ohne jedwede Betrachtung, doch bildet die Nachricht das alleinige Gespräch, und das allgemeine Gefühl scheint dahin zu gehen, daß die deutsche Politik nach dem Rücktritt Bismarck's auch auf auswärtigem Gebiet eine gewichtige Aenderung erleiden könne. Demzufolge herrscht eine gewisse Beklemmung und namentlich Besorgniß in der Geschäftswelt vor.

* Paris, 18. März. Bismarck's Rücktritt macht hier tiefen Eindruck. Die Nachricht traf zu spät ein, um schon in Leitartikeln behandelt zu werden. Das „Journal des Débats“ sagt: „Mit Umkehrung der früheren Rollen war Fürst Bismarck im Amt eine Bürgschaft des Weltfriedens. Wenn er verschwindet, welche neue Richtung wird der Kaiser seiner Politik geben? Kaiser Wilhelm's psychologische Eigenart ist noch zu wenig bekannt, als daß man vorhersehen könnte, wie sie sich entwickeln wird. Gestern war der Kaiser für uns nur ein Soldat, heute ist er ein Menschenfreund und Reformer. Klar ist sein Entschluß, seinen Willen durchzuführen und jeden Widerstand zu brechen. Was wird er morgen wollen? Wir haben zu viele Ueberraschungen gehabt, um nicht neue zu erwarten. Wünschen wir, daß sie glückliche seien und die Ruhe der Welt schonen.“

Es ist eine große Huldigung für den scheidenden Kanzler, daß dies gerade in Frankreich die Stimmung ist, in welcher sein Rücktritt aufgenommen wird. Aber Deutschland — davon möge das Ausland durchdrungen sein — wird auch künftig eine „Garantie für den Frieden der Welt“ bleiben. Wenn in irgend einer Hinsicht, so war in dieser der erste deutsche Kanzler der Ausdruck der Gesinnungen des deutschen Volkes. — Aus Wien wird gemeldet:

* Wien, 18. März. Die Nachricht vom Rücktritte Bismarck's erregt in allen politischen Kreisen wie in der gesammten Bevölkerung ungeheures Aufsehen. Im Abgeordnetenhause wurden im Privatgespräch das Ereigniß und dessen Folgen auch für Oesterreich lebhaft besprochen. Hier traf die Meldung in später Nachtstunde ein; trotzdem bespricht bereits die Mehrzahl der Blätter dieselbe an leitender Stelle. Die „Neue Freie Presse“ schreibt: „Es ist schwer, sich in die Vorstellung hineinzudenken, daß Bismarck, welcher ganz Europa mit seinem politischen Ruhme erfüllte, der vor den Völkern als Verkörperung der deutschen Macht erscheint, dessen politische Anschauungen die Nationen in Gährung versetzen, der als Hüter des europäischen Friedens den Waffen Ruhe gebietet, durch den Reiz seiner Individualität selbst seine Gegner anzieht, nicht mehr die Geschicke Deutschlands lenken, auf der Höhe seiner durch Alter noch nicht gebrochenen Geisteskraft die Bürde seines Amtes niederlegen und sich in das stille Leben des Privatmannes zurückziehen soll. Unbegreiflich erscheint, daß Fürst Bismarck lebt und dennoch verzichtet, für sein Volk zu wirken, oder durch unüberwindliche Schwierigkeiten gezwungen wird, die Hand, die so Großes geschaffen, müßig sinken zu lassen. Noch ist die Geschichte dieser Krise ungeklärt. Man kann nur im Dunkeln tasten, um die Gründe zu errathen, welche Bismarck zum Rücktritt veranlaßten.“ Die „Neue Freie Presse“ verweist zugleich auf die Niederlage des Kanzlers bei den Wahlen und auf den Gegensatz zwischen ihm und dem Kaiser bezüglich der socialen Frage. Das Blatt glaubt indeß nicht, daß nur die sociale Frage diesen Gegensatz erzeugte. „Die Demission Bismarck's“, heißt es weiter, „ist eine so gewaltige Thatsache, von so übermächtiger historischer Bedeutung, daß man den Eindruck empfängt, als würden wir mit dem heutigen Tage an der Schwelle einer neuen Zeit angelangt sein. Trotz seines Alters schien der Kanzler seinem Volke so neu und modern, als wäre ihm noch eine weite Laufbahn beschieden.“ Das Blatt schließt: „Möge dem deutschen Volke gegönnt sein, allezeit zu erhalten, was Bismarck geschaffen; möge nie der Augenblick kommen, wo das sehnende Auge der Nation sich auf das einsame Schloß in Friedrichsruh richtet, wo Bismarck sein ruhmvolles Leben beschließen wird! Sein Rücktritt wird in ganz Europa die größte Aufregung hervorrufen. Denn wo gäbe es ein Volk, welches an diesen Wechsel nicht Hoffnungen und Befürchtungen knüpfen würde? Unfaßbar ist es, daß die mächtige Gestalt des Reichskanzlers nicht mehr im Reichstage erscheinen, nicht mehr Cabinete und Höfe lenken und jetzt schon eine geschichtliche Erinnerung werden soll. Es ist, als ob in letzter Stunde noch eine Wendung eintreten müßte, welche das deutsche Volk vor diesem Verluste bewahrt. Dieser Glaube, zu welchem das Gefühl drängt, ist aber eine trügerische Illusion. Das „Neue Wiener Tageblatt“ sagt: „Der thatkräftige zweite Wilhelm entschließt sich nicht minder schwer zum Verzicht auf den bewährten Rathgeber seines Großvaters und Vaters, aber er liebt, wie schon der Fall Moltke zeigt, jüngere Kräfte. Die letzten Tage brachten Wechsel in der Ministerpräsidentschaft Ungarns und Frankreichs. Aber was sind diese Ereignisse gegenüber dem Ausscheiden Bismarck's, eines dessen gewaltige Persönlichkeit man sich das neue Deutschland gar nicht zu denken vermochte, obwohl man sich mit dem Gedanken, daß sein Einfluß über kurz oder lang aufhören werde, in Europa maßgebend zu sein, schon im Hinblick auf sein hohes Alter befreunden mußte?“

Die Fülle der vorliegenden Nachrichten macht es uns übrigens unmöglich, alle diese bemerkenswerthen Kundgebungen hier vollständig wiederzugeben.

Der Ministerwechsel in Frankreich.

Das neue Ministerium Freycinet, welches sich am 18. März den französischen Kammern vorgestellt hat, ist das 25. seit Gründung der Republik, und mit ihm beginnt eine neue Reihe von Cabinetten, deren Zahl sich ins Ungemessene erweitern zu wollen scheint. Die ministerielle Erklärung stellt sich denn auch ganz unbefangen auf den Standpunct der Vergänglichkeit französischer Ministerherrlichkeit und verkündet kurz und bündig, daß die neue Regierung gleich ihrer Vorgängerin nicht bloß die republikanischen Staatseinrichtungen, sondern das ganze republikanische Werk, das sie den früheren gesetzgebenden Factoren verdanke, energisch zu vertheidigen wissen werde. Dieser Standpunct ist gewiß bescheiden, und er gereicht besonders dem abgetretenen Ministerium zur Rechtfertigung. Das Ministerium Freycinet findet keine Schuld an dem Ministerium Tirard, es tritt in seine Fußstapfen und führt die von ihm begonnene Politik fort, der französisch-türkische Vertrag von 1802, welcher das Ministerium Tirard zu Fall gebracht hat, bleibt aufrecht erhalten, ebenso wie das Budget, die Handhabung der